Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 238 Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 25. Mai 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 24. Mai. Nach newyorker Berichten vom 14. d. ist Virginien bereits vollständig blokirt, Charleston, Savannah und New-Orleans werden binnen einer Woche ebenfalls blokirt sein. Bundestruppen haben Baltimore besetzt und den Belagerungszustand daselbst erklärt.

Paris, 24. Mai. Die „Presse" bespricht die Frage der Abschaffung des allgemeinen Sicherheitsgesetzes.

Paris, 23. Mai. Laut Berichten aus Konstantinopel vom 22. Mai hat die europäische Commission in Betreff Syriens sich über die Einsetzung eines einzigen christlichen Chefs geeinigt.

Pesth, 23. Mai, Abends 7 Uhr. „Scharf's Corresp." meldet: Baron Vay wird heute Abend hier erwartet; man legt seiner Ankunft große Bedeutung bei. Eine Extra-Ausgabe „Naplo's" und „Magyarorszag's" berichtet über einen Vorfall aus Agram, daß gelegentlich eines Ausfluges des karlsburger Gesammtvereines das croatische Volk (das ganze?) eine großartige Demonstration zu Gunsten der ungarischen Brüder machte. Das croatische Volk (?) drohte Agram zu zerstören, wenn nicht die ungarische Fahne als Symbol der Vereinigung mit Ungarn ausgesteckt werde

Preußen.

Landtag.

K. C. **56. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 24. Mai.**

Präsident Simson eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr. Am Ministertische v. Auerswald, v. Patow, Graf Schwerin, v. Bernuth.

Zur Verlesung kommt folgende Interpellation des Abg. Senff (unterstützt von seinen Fraktionsgenossen und den Abg. Hölzer (Daun), Aßmann, v. Berg, Immermann, Mathes (Friedeberg), Mettenmeyer, Fliegel, v. Diederichs, André, Techow u. A.): „An das königl. Staatsministerium werden folgende Fragen gerichtet: 1) Nimmt das königl. Staatsministerium an, daß die durch Nr. 1 des allerh. Gnaden-Erlasses vom 12. Januar d. J. Begnadigten der Eigenschaft als Preußen verlustig bleiben, wenn sie aus Anlaß des nun verziehenen Verbrechens oder Vergehens, der deshalb eingeleitet gewesenen Untersuchung oder des ergangenen Urtels sich zehn Jahre oder darüber (§ 15 Nr. 3, § 23 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842) im Auslande aufgehalten haben? 2) Erachtet das königl. Staatsministerium im Falle der etwanigen Bejahung der Frage 1 das durch den oben bezeichneten Gnaden-Erlaß verziehene Verbrechen oder Vergehen für einen noch bestehenden Anlaß, dem Begnadigten, welcher das preußische Indigenat nachsucht, letzteres aus dem Grunde bescholtenen Lebenswandels (§ 7 Nr. 2 a. a. O.) zu versagen?" — Der Justizminister wird am Montag antworten.

Zur Berathung kommt der Commissions-Bericht über die Zeitungssteuer-Novelle. Die Anträge der Commission (Bogenbesteuerung statt Klassenbesteuerung) sind bekannt.

Abg. Techow amendirt, daß die Jahressteuer nicht unter 4 Sgr. und nicht mehr als 2½ Thlr. für jedes Exemplar betragen soll; die Abg. Reimer und Genossen wollen die erhöhte Stempelpflichtigkeit der für den Einzelverkauf bestimmten Nummern einer Zeitung auf die Exemplare beschränken, welche über die steuerpflichtige Auflage desselben Quartals hinaus gedruckt werden.

Abg. Seckow: Er sei überhaupt gegen die Stempelsteuer; er halte den Drang des Volkes nach politischer und socialer Belehrung für kein geeignetes Steuerobjekt. Das Gesetz stamme auch aus einer Zeit, die ihm mehr einen politischen als finanziellen Charakter ausdrückte; es sei auch bei der Berathung i. J. 1852 von der liberalen Partei bekämpft worden. Uebrigens bestehe ein solches Gesetz, außer in Oesterreich, wo es in neuester Zeit eingeführt worden, in keinem deutschen Staate; eine solche Verschiedenheit aber müsse dazu beitragen, dort falsche Ansichten zu verbreiten. Man habe auf England verwiesen, wo die Stempelsteuer auf Zeitungen die Verbreitung politischer Aufklärung und die Entwickelung bürgerlicher Freiheit nicht gehindert habe; dies Beispiel sei aber sehr unglücklich gewählt, denn erstens sei die Zeitungssteuer dort aufgehoben, und dann wirkten dort viele Umstände zusammen, die bei uns fehlten, welche die schädliche Wirkung der Zeitungssteuer paralysirt hätten. Er wünsche nicht, daß die Presse unter dem Druck des Militärbudgets leide; man werde diesen geistigen Faktor gerade in den Zeiten der Krisis nicht entbehren können. Aus diesen Gründen würde er gegen § 1, also gegen das Prinzip des Gesetzes stimmen. Da aber das Gesetz wahrscheinlich angenommen wird, werde er event. für die Vorschläge der Commission stimmen, da dieselben allerdings einige Verbesserungen enthielten. Unter den von der Regierung vorgeschlagenen Veränderungen würde er zuvörderst die Uebertragbarkeit der überzähligen Exemplare auf das nächste Quartal als eine Verbesserung ansehen, wenn dieselbe nicht durch den Zusatz beschränkt wäre: „desselben Kalenderjahres." Er erinnere, daß grade um den Schluß des Kalenderjahres, um Weihnachten, die Inserate sich massenhaft drängten und es daher um diese Zeit den Zeitungen von ganz besonderer Wichtigkeit sein müßte, die überzähligen Bogen auf das nächste Quartal übertragen zu können. Eine zweite Verbesserung sei weiter die Einschiebung einer zweiten Steuerstufe; indeß komme dieses Zugeständniß seiner Geringfügigkeit wegen gar nicht in Betracht; überhaupt seien die Steuerstufen eine äußerst unglückliche Klassifizirung. Das neunjährige Bestehen des Gesetzes habe nicht, wie die Regierung meint, den Werth desselben bewährt, sondern vielmehr den Wunsch erregt, es geändert zu sehen. Er werde daher event. für den Vorschlag der Commission stimmen, daß nur die wirklich verbrauchte Bogenzahl versteuert werde. Er halte ferner das 2 Alinea des § 3, wodurch der Einzelverkauf möglich gemacht werde, für eine wesentliche Verbesserung. Zum 1. Alinea des § 3 habe er ein Amendement gestellt, welches einen Minimalsatz festsetze, da es allerdings unthunlich sei, mit Bruchtheilen zu rechnen, und er die Regierung geneigter glaube, dann auf den Vorschlag der Commission einzugehen. Er werde also event. für die Vorschläge der Commission stimmen.

Abg. Wagener: Der Vorredner habe auch dieses Gesetz wieder der Reaction in die Schuhe geschoben; der Theil der Reaction aber, zu dem er gehöre, sei nie ein Freund dieses Gesetzes gewesen. Daß es dem Gesetze überhaupt nicht an liberaler Verwandtschaft fehle, würden ja die Vorträge des Finanzministers beweisen. Er werde für die Vorlage stimmen, weil sie entschieden Erleichterungen für die Presse enthielte. Er halte überhaupt die Besteuerung der Presse nach dem Zollstab weder entsprechend der Würde der Presse noch einer gesunden Finanzmaxime. Das letztere deswegen nicht, weil eine Abwälzung nicht möglich, weil die Herausgeber durch die Steuer zu einer schlechteren Ausstattung, kleinem Druck genöthigt würden. In Berlin hätten nur zwei große Zeitungen gewagt, die Steuer auf die Abonnenten zu wälzen. Es sei freilich leichter, die Steuer zu tadeln, als etwas Anderes an ihre Stelle zu setzen. Man hätte allerdings auf den schon im Jahre 1852 gemachten Vorschlag, die Inserate zu besteuern, eingehen können; dies würde bereits einen weit höheren Ertrag ergeben haben. Es gebe überhaupt nur zwei Gesichtspunkte, von denen eine rationelle Besteuerung der Zeitungen ausgehen dürfte: die Abonnements- und die Inseratensteuer. Beide aber ständen zu einander im umgekehrten Verhältniß; die Zahl der Inserate stiege mit der Zahl der Abonnenten, ihr Ertrag aber fiele in demselben Maße, wie die Zeitnngen dann für denselben Preis die Inserate nochmal drucken mußten.

Rationell also müßte eine steigende Abonnementssteuer neben einer fallenden Inseratensteuer bestehen. Daß übrigens das Gesetz nicht blos eine Finanzmaßregel, sondern vielmehr eine politische sei, beweise der Umstand, daß nur die Zeitungen gerade herausgesucht worden, die sich mit politischen und socialen Fragen beschäftigten. Gerade diesen Theil der Presse aber habe die liberale Partei ja immer in den Vordergrund gestellt und müßte ihn also begünstigen: wissenschaftliche Zeitungen würden auch viel leichter die Steuer abzuwälzen vermögen. Er finde in der Vorlage eine doppelte Verbesserung: erstens, die Rückerstattung der Steuer für die in's Ausland gegangenen Exemplare, und dann, daß wenigstens in den Beschlüssen der Commission die Steuerstufen aufgehoben seien, welche das schlimmste Hemmniß der Herausgabe seien. Er halte es für entschieden zweckmäßig, daß nur der verbrauchte Raum besteuert werden solle. Das Bedenken der Regierung, als würde die Controle allzusehr erschwert werden, theile er nicht, da schon jetzt, wie er aus Erfahrung wisse, eine sehr genaue Controle auf die leichteste Weise von den Steuerbehörden gehandhabt werde. Die Bestimmung über Maximal- und Minimalsätze halte er für unerheblich. Die ersteren seien nur für solche Zeitungen von Interesse, deren Ertrag wesentlich auf den Inseraten beruhe; die letzteren drückten aber gerade die kleineren Zeitungen, und er finde daher in dem Amendement des Abg. Techow eine Inconsequenz. Das 2. Al. des § 3, welches den Einzelnverkauf betreffe, habe Bedenken bei ihm erregt. Es sei in Analogie von Zuständen bestimmt, die bei uns gar nicht existirten. Es gebe bei uns eben nur feste Abonnements und keine Zeitung drucke über den Bedarf hinaus. Es bestände allerdings ein Einzelnverkauf bei uns, indem Unternehmer eine Anzahl von Zeitungen zum Vertriebe übernähmen und die übrig gebliebenen dem Verleger am Ende jedes Quartals zurückgeben. Durch den angezogenen Passus aber könne ein Zweifel entstehen, ob diese Art des Einzelnverkaufs fernerhin noch erlaubt sei; ein von ihm eingebrachtes Amendement bezwecke Beseitigung dieses Zweifels, event. werde er einem in gleichem Sinne sich bewegenden des Abg. Reimer, das er allerdings nicht für so präcis halte, zustimmen

Regier.-Commissarius: Die Regierung darf sich wohl des näheren Eingehens auf den Antrag, die Steuer überhaupt aufzuheben, enthalten; im vorigen Jahre ist durch den Beschluß des Hauses die Revision der Steuer, nicht aber die Aufhebung derselben befürwortet worden. Die Regierung hat nicht unterlassen, die Revision in umfassender Weise vorzunehmen, und sie hat nichtsdestoweniger nicht vermocht, alle Beschwerden zu beseitigen. In Folge dessen sind noch Vorschläge in die Commission gekommen, denen die Regierung theilweise hat zustimmen können. Die gegen § 1 geäußerten Bedenken, daß dessen Tendenz dahin gehe, politische und sociale Blätter vorzugsweise zu besteuern, kann die Regierung nicht theilen; die Absicht der Regierung ist dahin gegangen, die socialen Blätter nicht zu besteuern, sie hat vielmehr den Begriff „Zeitungen" besonders im Auge gehabt. Alle auf sittliche und religiöse Bildung gerichteten Blätter, die jetzt steuerpflichtig sind, sollen fortan steuerfrei sein. Was aber die Hauptendenz betrifft, so hat die Regierung geglaubt, nicht ohne Noth von der bisherigen Besteuerungsart abgehen zu dürfen. Gegen die Besteuerung des Abonnementspreises haben sich erhebliche Bedenken herausgestellt, da namentlich kostbare Blätter, welche dem Verleger sehr wenig eintragen, am härtesten davon betroffen werden. Eine Inseratensteuer dagegen kann nur in chikanöser Weise gehandhabt werden; die einzige praktische Besteuerung ist daher die Raumbesteuerung, und die Regierung folgt hierin nur dem Wunsche der Gewerbtreibenden selbst. Die Regierung glaubt auch bei dem Minimum von 4 Sgr. beharren zu müssen, und ebenso, da sie keine Verschärfung wünscht, bei dem Maximum. — Es ist der Regierung vorgeworfen, daß sie bei Berechnung der Bogenzahl das Kalenderjahr festgehalten habe; würde man dies fallen lassen, so würde wieder eine reine Bogenbesteuerung eintreten. Die Regierung glaubt, daß die überschießende Bogenzahl des ersten und zweiten Quartals auf das dritte und vierte Quartal verrechnet werden kann. Die Regierung erklärt sich mit dem Amendement Reimer vollständig einverstanden und zieht dasselbe dem des Abg. Wagener vor. Sollte der Commissions-Vorschlag auf Bogenversteuerung angenommen werden, so würde die Regierung das Recht für sich in Anspruch nehmen müssen, mittelst einer Deklaration die Steuer pränumerando zur Hebung zu bringen.

Abg. Wagener zieht sein Amendement zu Gunsten des Reimer'schen zurück.

Abg. v. Rönne: Die Reg.-Vorlage gewähre zwar dem Buchhandel und der Literatur einige Erleichterungen; für die eigentliche politische Presse aber sei so gut wie nichts geschehen; das verderbliche Princip der Raumbesteuerung werde aufs Neue sanctionirt. Die Uebelstände desselben blieben: der Zwang, kleine Typen und compressen Satz zu nehmen, und den eigentlichen Lesestoff zu Gunsten der einträglichen Inserate zu beschränken; die Steuer sei unglücklich vertheilt, treffe die wohlfeile Volkspresse am härtesten; sie erschwere die Gründung neuer Zeitungen, und wohin ein solches Monopol führe, sehe man in England an dem Beispiel der „Times", an ihrem Verhalten in der schleswig-holsteinischen Frage, in der Macdonald'schen Angelegenheit; ferner sei der Einzelverkauf bei dem System der Raumbesteuerung entweder ganz unmöglich, oder doch sehr erschwert. Vor einigen Jahren habe bei Gelegenheit der vielen Petitionen die Regierung aus finanziellen Gründen sich gegen die Aufhebung der Steuer erklärt, die Comm. und das Haus hätten aber die Beseitigung des Systems der Raumbesteuerung befürwortet. Jedermann habe nun eine auf eine neue Besteuerungsweise basirte Vorlage erwartet; das Festhalten an dem bisherigen Steuermodus habe große Verwunderung erregt; noch mehr aber sei man erstaunt gewesen, daß die Gewerbtreibenden, die Anfangs mit dem Publikum das System der Raumbesteuerung bekämpft hätten, jetzt auf einmal an demselben festhalten zu müssen glaubten. Wenn die Zeitungsverleger die Besorgniß hegten, daß bei einem neuen Besteuerungsmodus das Publikum von ihnen besseres Papier und besseren Druck verlangen würde, ohne gleichzeitig bereit zu sein, sie für die ihnen dadurch entstandenen Mehrkosten durch Bezahlung eines höheren Preises zu entschädigen, so möge diese Besorgniß nicht ganz unbegründet sein; aber es müsse sich doch ein Steuermodus finden lassen, bei dem die Interessen des Publikums, des Verlegers und des Fiskus gleichmäßig gewahrt würden; dazu eigne sich am besten der Inseratenstempel; sollte der Fiskus dabei leiden, so sei zu erwägen, daß diese Steuer ursprünglich nur auf 120,000 Thlr. berechnet war und sich erst mit der Zeit als eine steigende Finanzquelle erwiesen habe. Er würde die Verwerfung der Vorlage nicht beklagen; in der Comm. habe er eine Resolution beantragt zur Verwahrung gegen die Schlußfolgeruug einer Uebereinstimmung mit dem Princip der Steuer; er wolle diese Resolution hier nicht wiederholen, weil er hoffe, daß die Regierung schon aus politischen Gründen baldmöglichst wenigstens auf Beseitignng des Steuermodus Bedacht nehmen werde. Wer stehe dafür, daß nicht ein künftiges reaktionäres Ministerium diese Steuer zur Knechtung der Presse einmal wieder mißbrauchen werde; dagegen müsse das jetzige Ministerium schützen, so lange es dazu noch die Macht habe.

Abg. Reichensperger (Köln) sieht in den Anträgen der Commission eine Verbesserung der Vorlage; die Zeitungssteuer habe einen Vorzug vor den meisten anderen indirekten Steuern; sie sei eine indirekte Steuer, und treffe vorzugsweise die Wahlhabenden, da man durch Nichtlesung der Zeitungen sich der Steuer entziehen könne. Man spreche vom Zollstock, doch sei das nicht so gefährlich, als es klinge; hier werde der Zollstock nur an das Papier gelegt, bei vielen anderen Steuern an die Personen. Eine Inseratensteuer sei erwähnt; er gehe aber noch weiter, und möchte schlechtweg die Inserate von dem politischen Inhalte der Zeitungen getrennt wissen, so daß es nicht gestattet wäre, im Zusammenhange Zeitungsnachrichten und Inserate zu bringen. Das wäre gar kein Eingriff in das Eigenthum, da die Zeitungsherausgeber ja zwei verschiedenen Bogen drucken könnten, und das Publikum würde einen sehr großen Vortheil daraus ziehen, da notorisch sehr viele Leute die Zeitungen nur der Inserate wegen halten, und die Politik nur in den Kauf nehmen müssen, während andre Leser, namentlich diejenigen in der Ferne, mit der Politik sich die Inserate aufbürden lassen müßten. — So würde das Problem einfach gelöst, und man trete dem Monopol entgegen, welches eine freie Konkurrenz unmöglich mache. Neue Zeitungen könnten kaum aufkommen, da wo andere Blätter auf dem Guano der Inserate freudig und lustig gediehen. Das Arrangement, welches er im Auge habe, würde noch den Vortheil für die Regierung und das Publikum, ja selbst für die Redaktionen mit sich führen, daß man einen Maßstab dafür hätte, in welchem Grade die Zeitungen die sogenannte öffentliche Meinung repräsentiren. Bis jetzt habe man die Abonnentenzahl als Maßstab angenommen, aber ganz irrthümlich, da man nicht wisse, wie viele der Politik und wie viele der Inserate wegen abonnirten. Auch würde die Unabhängigkeit der Zeitungen wesentlich dabei gewinnen. Unter dem vorigen Gouvernement habe man leider genug wahrgenommen, wie Versuche gemacht wurden, oberirdische wie unterirdische, um den Zeitungen beizukommen. — Hiergegen würde eine Trennung der Inserate von der Politik eine Garantie bieten, denn die Inserate seien stets eine Haupthandhabe gegen die Unabhängigkeit der Presse. Man habe den Zeitungen die offiziellen Inserate seitens der Regierung, der Landräthe, Bürgermeister, Notare 2c. wie einen Brodtkorb vorgehalten, und wie man früher damit operirt, so könne man es später wieder versuchen. Dem werde durch die Trennung ein Ende gemacht, und eine viel naturgemäßere Situation als auf dem jetzigen Wege geschaffen. Er wolle keinen besonderen Antrag stellen, aber er halte es nicht für ungeeignet, seine Anschauung öffentlich auszusprechen.

Abg. v. Vincke: Gerade, was dem Vorredner die Zeitungssteuer angenehm mache, mache sie ihm (Redner) unangenehm, da er überhaupt indirekte Steuern für verwerflich halte; die Zeitungssteuer habe eine gewisse Verwandtschaft mit der Mahl- und Schlachtsteuer, da sie, wie diese die geistige und leibliche Nahrung vertheuere. Falsch sei es, daß die Steuer nur die Wohlhabenderen treffe, da sie zu keinem anderen Zwecke eingeführt worden sei, als um die Aermeren von dem Zeitungslesen auszuschließen, kleinere Blätter, die nicht immer die besten seien, hätten dadurch eine größere Verbreitung gefunden. Durch eine Inseratensteuer würde vielen Leuten, die ihren Erwerb durch Insertionen stützen, das tägliche Brodt vertheuert werden; und was den Vorschlag der Trennung der Politik von den Inseraten betreffe, so möchte derselbe weder dem Publikum, noch den Redaktionen gefallen; das Publikum wolle seine Lektüre zusammen haben, das sei in der ganzen Welt nicht anders! Wenn Hr. Reichensperger meine, daß man aus der Abonnentenzahl nicht darauf schließen könne, in wie weit eine Zeitung die öffentliche Meinung ausdrücke, weil die Abonnenten die Zeitung der Inserate wegen halten, so müsse er seinerseits gerade das Gegentheil behaupten; gerade diejenigen Zeitungen hätten die meisten Inserate, von denen man wisse, daß sie wegen ihrer politischen Richtung ein großes Publikum haben. Er wolle Hrn. Reichensperger keine Motive unterschieben und nicht erörtern, was gerade ihn (Hrn. Reichensperger) zu einer solchen Aeußerung veranlaßt habe. Die Steuer sei eine beklagenswerthe, aber jetzt handle es sich um die Frage, ob unser Budget die Steuer entbehren könne? Er und er glauben, auch der Finanzminister, hoffe die baldige Beseitigung der Steuer; aber was gewinne man durch Verwerfung der jetzigen Vorlage, wie sie aus dem Vorschlage des Abg. Techow durch Ablehnung des § 1 folgen würde? Verwerfe man die Vorlage, so bleibe es beim Alten, während die Vorlage doch immer ein Fortschritt sei. Für eine solche Art Pessimismus fehle ihm jedes Gefühl. Wolle man die schreiendsten Uebelstände beseitigen, so nehme man die Anträge der Kammer an.

Finanzminister v. Patow: Nach den Aeußerungen des letzten Redners kann ich mich auf wenige Worte beschränken. Ich will nicht bestreiten, daß bei Erlaß des Gesetzes politische Motive mitgewirkt haben, ja entscheidend gewesen sein können; für die gegenwärtige Regierung ist das Gesetz ein reines Finanzgesetz, und als ein solches glaubt die Regierung es zur Zeit nicht entbehren zu können; in dieser Beziehung ist es auch kein schlechtes, weil es die Eigenschaft eines guten Steuergesetzes hat, daß der Ertrag der Steuer sich fortwährend steigert. Gerade der Umstand, daß die Zeituugssteuer einer fortwährenden Steigerung unterliegt, spricht dafür, daß dse Folgen derselben nicht so nachtheilig sein können, als man annehmen will. Dessenungeachtet bin ich kein unbedingter Lobredner des Gesetzes; ich will nicht bestreiten, daß die Zeit kommen kann, wo es möglich und wünschenswerth sein wird, das Gesetz zu beseitigen; ich will noch weniger bestreiten, daß die Zeit kommen kann, wo der Erhebungsmodus verbessert werden kann. Zur Zeit kann aber die Staatsregierung auf eine völlige Beseitigung des jetzigen Modus nicht eingehen, schon aus dem Grunde, weil es nicht gelungen ist, für irgend einen Vorschlag die Majorität der vernommenen Sachverständigen zu vereinigen; diese haben sich vielmehr für den jetzt bestehenden Modus ausgesprochen. Was die Vorschläge der Commission betrifft, so kann ich nicht verhehlen, daß denselben wesentliche Bedenken entgegenstehen. Die Regierung würde es für wünschenswerth halten, wenn statt des § 3 der Commissionsvorschläge der in der Commission eingebrachte Antrag aus Steuerstufen von 3 zu 3 Bogen steigend, angenommen würde; die Regierung widersetzt sich indessen der Annahme des § 3 des Commissions-Vorschlages nicht, unter der Voraussetzung, daß sie sich für berechtigt halten kann, die Zeitungssteuer pränumerando zu erheben. Es würde zu weit führen, hier auseinanderzusetzen, weshalb es fast unmöglich ist, eine Steuer zu erheben, wenn dieselbe nicht beim Beginnen des Quartals festgesetzt wird; diese Feststellung glaubt die Regierung als eine Lebensfrage für das Gesetz bezeichnen zu müssen; man wird es der Regierung nicht unmöglich machen wollen, das Gesetz zu emaniren.

Abg. Riedel für die Aenderung der Commission, welche keine praktische Schwierigkeit im Gefolge haben würde; auch die von Mitgliedern des Hauses gestellten Amendements hätten nichts Bedenkliches. Wenn ein Maximum festgehalten würde, müsse auch ein Minimum existiren. Ein Bedenken müsse er indeß äußern. Es bleibe nämlich unentschieden, ob auch solche ausländische Zeitungen, welche unter den Begriff der Steuerpflichtigkeit fallen, aber nicht gleich beim Erscheinen, sondern zu wissenschaftlichen Zwecken in ganzen Jahrgängen bezogen werden, die Steuer bezahlen müßten. Beim Bezuge aus dem Ausland werde bald die Steuer gefordert, bald wieder nicht.

Abg. Kühne (Berlin) bezeichnet das Bedenken als unbegründet. Ausländische Zeitungen in fremder Sprache sollen nach der Vorlage keine Steuer zahlen; deutsche wissenschaftliche Blätter gebe es im Auslande nur in spärlichster Zahl.

Der Regierungs-Commissar fügt hinzu, daß schon jetzt ganze Jahrgänge, die ein Ganzes bilden, steuerfrei bleiben; eine Regel auszusprechen, könnte bedenklich sein, aber in der Praxis werde man bei dem bezeichneten Verfahren verharren.

Die allgemeine Discussion ist geschlossen. Berichterstatter Abgeordneter Dr. Veit: Er bitte seine politischen Freunde, den prinzipiellen Widerspruch fahren zu lassen und nicht um des Besseren willen das Gute aufzugeben. Im vorigen Jahre habe das Haus am 12. Mai auf die Petition der berliner Buchhändler die Regierung zu einer Revision des Stempelsteuergesetzes aufgefordert und sich damals schon aus finanziellen Rücksichten gewissermaßen gegen die Aufhebung des Gesetzes ausgesprochen. Es sei unrichtig, wenn man sage, daß durch die Vorlage für die politische Presse gar nichts geschehen sei; die höchstbesteuerten Zeitungen hätten keinen Vortheil, wohl aber alle anderen Zeitungen und diese bilden fast die Gesammtheit. Für die pessimistische Ansicht, die bisherige Besteuerung zu konserviren, um sie desto eher ganz zum Falle zu bringen, könne er sich nicht entscheiden. — Zum Schluß giebt der Redner einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Zeitungssteuer in England. Anfänglich seien die Zeitungen nach Bogen besteuert worden, und daher rühre das große Format der Blätter; dann sei das Zollmaß an die Bogen gelegt worden, und es habe Jemand richtig bemerkt, daß die englische Presse sich Zoll für Zoll habe durchkämpfen müssen, da durch einzelne Parlamentsakte Erleichterungen im Zollmaß eingetreten wären. Seit 1824 hätten die bedeutendsten Parlamentsmitglieder, O'Connell, Lord Brougham und in neuester Zeit Milner Gibson, einen unaufhörlichen Kampf für die Aufhebung der Zeitungssteuer geführt; als 1852 Gibson einen darauf bezüglichen Antrag einbrachte, hätte der Kanzler der Schatzkammer aus finanziellen Gründen sich dagegen erklärt. Der Antrag sei durchgefallen, aber dennoch sei die Steuer 1855, wo die Finanzen auch nicht viel besser waren als 1852, aufgehoben worden. Die Besorgniß derjenigen könne sich daher legen, welche fürchten, daß durch Verbesserung des Gesetzes das Prinzip desselben gebilligt werde. Die Zeit sei hoffentlich nicht allzufern, wo die Finanzen die gänzliche Aufhebung der Zeitungssteuer gestatten werden.

Bei der Specialdiscussion erklärt Abg. Reichensperger (Köln) zu § 1 den Ausdruck „von Zeitungen, welche in der Regel politische Nachrichten bringen oder behandeln" für zu unbestimmt und vielfacher Deutung offen; jeder Excurs auf das Gebiet der alten Geschichte z. B. könne dann eine Zeitung steuerpflichtig machen.

Der Reg.-Commissar erklärt sich gegen die Streichung, nicht gegen eine etwaige Aenderung; was der Ausdruck wolle, sei in den Motiven klar dargelegt, die Klausel „in der Regel" beziehe sich auch auf „behandeln".

Berichterstatter Dr. Veit: Er wolle das Schicksal des ganzen Gesetzentwurfs nicht von der Streichung dieser Worte abhängen lassen; auch gingen die (bereits in der Commission geäußerten) Bedenken wohl zu weit.

Die Annahme des § 1 (Feststellung der Bedingungen der Steuerpflichtigkeit) in der Fassung der Commission erfolgt fast einstimmig.

§ 2 in der Fassung der Commission spricht für alle nach § 1 steuerfreien Kategorien diese Steuerfreiheit auch dann aus, wenn sie einzelne literarische Anzeigen bis 400 Quadratzoll im Quartal aufnehmen. Angenommen.

Bei § 3 spricht Abg. Techow für sein Amendement: Dasselbe bezwecke, die Zustimmung der Regierung und der Majorität des Hauses für die Vorschläge der Commission zu erlangen, die eine wesentliche Verbesserung der Regierungs-Vorlage enthielten.

Abg. Reimer: Sein Amendement bezwecke keine Aenderung, sondern nur eine präcisere, jeden Zweifel ausschließende Fassung des Commissions-Vorschlages.

Abg. Dr. Veit als Referent erklärt sich Namens der Commission mit den Amendements einverstanden,

Beide Amendements werden angenommen und danach der § 1 einstimmig in folgender Fassung:

„Die vierteljährlich zu entrichtende Steuer von den im Inlande erscheinenden steuerpflichtigen Blättern beträgt einen Pfennig ($\frac{1}{360}$ Thlr.) von jedem Bogen (des Hauptblattes und der Beilagen jedes Exemplars), wobei der Bogen zu Vierhundert Quadratzollen angenommen und andere Formate nach diesem Normalmaße zu berechnen sind. Jedoch soll die Jahressteuer nicht unter 4 Sgr. und nicht mehr als 2½ Thlr. für jedes Exemplar betragen. Will der Verleger eines im Inlande erscheinenden steuerpflichtigen Blattes von einer Nummer desselben für den Einzelverkauf mehr Exemplare als die steuerpflichtige Auflage desselben Quartals beträgt, drucken lassen, so ist dazu gestempeltes Papier zu verwenden und der Stempelbetrag nach dem Satze von 2 Pfennigen für den Normal-Bogen zu berechnen. Die Steuer von den für das Ausland bestimmten, nach § 1 steuerpflichtigen inländischen Blättern wird, sofern den in dieser Beziehung von Unserem Finanzminister zu ertheilenden Vorschriften genügt wird, nicht erhoben, oder wenn sie bereits erlegt ist, erstattet."

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden unverändert nach der Regierungs-Vorlage angenommen.

Die Regierungsvorlage wegen der Salzsteuer im Jadegebiet wird ohne Diskussion nach dem Antrage der Commission angenommen.

Folgt die Berathung des Budgetberichts über den Marine-Etat.

Abg. Harkort (wie gewöhnlich unverständlich): Das Haus habe 19 Millionen für Schiffe bewilligt, und noch hätten wir keine Flotte. Das Schicksal der deutschen Flotte sei bekannt. Peter der Große habe den Satz aufgestellt, Schiffe ohne Hafen seien ein kostbares Spielzeug. Wenn Preußen einen Kriegshafen wolle, so kenne er nur einen geeigneten Ort, den Jasmunder Bodden. — Zur Vertheidigung der Küsten seien Kanonenboote zu kostspielig; Strandbatterien seien weit besser. Die englischen Kanonenboote würden zu kleinen Postdiensten verwandt; in dieser Weise verwandt, würden sie auch bei uns nützen, während sie so nur kostspielig seien. Mit der Defensive könne man keinen Krieg machen; man müsse im Stande sein, offensiv vorzugehen; der Dänen könnte eine preußische Flotte in kurzer Zeit Meister werden, wenn man dieselbe auf den Standpunkt der Offensive brächte. Der Kriegsminister solle nur dazu Subsidien fordern, sie würden gewiß unweigerlich bewilligt. Er finde, daß der Etat nicht hinreichende Mittel für eine genügende Ausrüstung der Schiffe enthalte. — Die Uebungen der Mannschaft seien unvollkommen; es müsse dazu geschritten werden, das in Schweden, England, Portugal geltende Verfahren zu beobachten. Gegen die Beschaffenheit der so wichtigen Kadetten-Institute sei viel einzuwenden, namentlich daß nicht Qualität, sondern Protektion bei der Aufnahme entscheide; die meisten seien Adlige. Er hoffe, das werde anders werden. Für den Unterricht seien 60,400 Thlr. ausgesetzt, würden aber nicht dafür ausgegeben. Er wünsche, daß bei der neuen Organisation nicht Schreiber, sondern Techniker und tüchtige Seeleute die Majorität hätten; er hoffe, die Regierung werde künftiges Jahr einen tüchtigen Organisationsplan vorlegen, für welchen das Haus geneigt sein würde, alle erforderlichen Mittel zu bewilligen. (Bravo.)

Abg. Buschmann: In wiefern der Jahdebusen zum Kriegshafen geeignet sei, könne er nicht begutheiten. Die Regierung würde wohl aber nicht so bedeutende Ausgaben dafür machen, wenn sie nicht von der Zweckmäßigkeit überzeugt sei; er freue sich daher über diesen Ausgabeposten, weil darin der Beweis liege, daß sie auch für nicht rein preußische, sondern deutsche Zwecke Geld übrig habe. Bei dieser Gelegenheit erinnere er an den Bau der Jahdebahn, um so mehr als die Kreise Minden und Lübbecke durch die Löhne-Osnabrücker Bahn sehr an Verkehr verloren hätten; daran könne sich eine Bahn über Herford nach Altenbecken schließen; der Widerspruch Hannovers gegen die Jahdebahn müsse sich überwinden lassen auf dem Wege der Retorsion durch Bedingungen, die man der hannoverschen Regierung stelle; dazu werde sich wohl Gelegenheit finden, vielleicht bei der Bahn von Göttingen nach Nordhausen.

Abg. Behrend: Er theile auch die Meinung, daß es hoch an der Zeit sei, daß der so häufig versprochene Gründungsplan endlich vorgelegt werde; er hoffe bestimmt, daß im nächsten Jahre die Vorlage erfolge. Er sei nicht der Ansicht des Abg. Harkort, daß die Erwerbung des Jahdebusens keinen geeigneten Hafen verschafft habe; er habe es sogar mit Freuden begrüßt, daß das deutsche Interesse bei dieser Erwerbung vorgewaltet habe. Er halte ihn auch nicht für so gefährlich; es möchten Schwierigkeiten im Fahrwasser zu überwinden sein, die aber nur geringfügig wären. Der Jasmunder Bodden sei allerdings der schönste Hafen der Welt, aber zu einem Kriegshafen sei er darum doch nicht geeignet. Diese Idee sei ein todtgeborenes Kind. Der Abg. Harkort habe ferner die Beseitigung der Kanonenboote gewünscht, er theile diese Meinung nicht, obgleich der Abg. den allgemeinen Gesichtspunkt herausgekehrt habe, daß die Offensive für Preußen nothwendig sei. Der nächste Zweck bei Gründung einer preußischen Flotte sei offenbar die Defensive; in zweiter Linie stände erst die Offensive. Für die Defensive wären also die Kanonenboote nothwendig; im Ostseefahrwahrwasser könnten überhaupt nur Kanonenboote mit Vortheil operiren, nicht aber Strandbatterien. Hinsichtlich der Schiffe bedauere er auch, daß der niedliche „Frauenlob" nach Japan geschickt und untergegangen sei: doch sei es nicht gar so schlimm; sie hätten sehr tüchtige und dauerhafte Schiffe wie die Arcona und Thetis. Er sei sogar überzeugt, daß wenn die preußischen Schiffe sämmtlich auf einen Fleck zusammenkämen, sie schon jetzt im Stande wären, eine wirksame Blokade der größten Seestädte an der Ostsee zu verhindern. Schließlich theile er auch die Hoffnung, daß die preußische Marine sich bald im Norden Deutschlands das Ansehen verschaffen werde, welche der Stellung Preußens in Deutschland und in Europa gebühre. (Bravo.)

Kriegsminister v. Roon: Es ist unter den Vorwürfen, welche der Commissions-Bericht enthält, keiner so stark betont worden, als der wegen der noch nicht erfolgten Vorlegung eines sogen. Gründungsplanes. Ich glaube, daß dieser Vorwurf, so begründet er an sich sein mag, in diesem Jahre doch billigerweise nicht hätte Platz greifen sollen, wenn man sich erinnert, unter welchen Umständen die Marine-Verwaltung von dem Landtage überrascht worden ist. Die neue Organisation der Marine-Verwaltung hat natürlicher Weise auf die Vorlegung eines solchen Planes einen entscheidenden Einfluß; man kann ein so wichtiges Geschäft nicht improvisiren; es kann ein solches Werk vielmehr nur das Product der reiflichsten Erwägung sein. Wenn man nun durch allerhöchstes Vertrauen zu dem Centner, den man schon zu tragen hat, noch ein Pfund hinzugelegt erhält, so werden Sie begreifen, daß seit dem 16. April die Aufgabe von mir nicht zu lösen war. Ich muß aber der Marine-Verwaltung das Zeugniß geben, daß in der Sache fleißig gearbeitet worden ist. Ich muß aber außerdem darauf aufmerksam machen, daß eine Menge von sachlichen Erwägungen der Aufstellung eines solchen Planes vorangehen müssen. Für die Beschaffnung von Schiffen kann man verschiedene Wege einschlagen: man kann sie kaufen oder bauen; in beiden Fällen muß der Landtag und der Finanzminister einverstanden sein. Es giebt aber noch ein anderes Mittel für die Erweiterung der Marine, welches in Amerika eingeführt ist. Dort wird gewissermaßen jedes Schiff, was auf amerikanischem Boden gebaut wird, ein Regierungsschiff, weil die Regierung für die zu bauenden stärkeren Dimensionen eine Prämie zahlt. Die Regierung erhält dadurch ein Anrecht auf das Schiff für Kriegszeiten. Wie weit ein solches Verfahren etwa bei uns einzuschlagen wäre, bedarf der Erwägung. Die Bevölkerung unserer hundert Meilen langen Küste lebt mit ihren Erinnerungen, ihren Traditionen, ihrer Volkspoesie auf dem Meere. Die Tüchtigkeit der Matrosen, die hier gewonnen werden, ist weltbekannt. Das Material ist also nirgends besser vorhanden, als gerade bei uns, und die Geschichte beweist, daß es nie daran gefehlt hat; ich erinnere an den großen Kurfürsten, an die Hansa ꝛc. Aber es fehlt bis jetzt an einer festen Organisation für die Verwerthung des Materials. Noch wichtiger ist die Frage wegen Beschaffung einer hinreichenden Zahl von tüchtigen Offizieren. Das Seecadetten-Institut, auf welches hingewiesen worden, giebt jetzt nur einen Wechsel auf eine entfernte Zeit. Man wird also auch zu andern Mitteln seine Zuflucht nehmen müssen. Unsere Handelsmarine, welche nächst der englischen die bedeutendste in ganz Europa ist, bietet in dieser Beziehung eine große Auswahl dar; es ist Bildung in unserer Handelsmarine, und man wird darauf zurückgreifen können. Es ist auch bei uns das Mittel angewendet, daß Offiziere auf die Marine fremder Staaten kommandirt worden und mit den dort gemachten Erfahrungen zurückgekehrt sind. Alle diese Mittel bedürfen indeß noch der ernstesten Erwägung. Es ist ferner auf das Mittel hingewiesen worden, Postpacketschiffe Offizieren zur Führung zu überweisen. Man hat nicht überall solche Schiffe, aber das Mittel an sich, um Erfahrungen zu sammeln, ist gewiß nicht schlecht. Der Handelsschiffer läuft bei einem großen Sturm in den nächsten Hafen, der Führer eines Postpacketschiffes darf das nicht, und gerade dadurch wird er im Stande sein, Erfahrungen zu sammeln. Was nun die Küstenvertheidigung betrifft, so giebt es außer den Strandbatterien noch andere Mittel, um die Eingänge der Ströme zu vertheidigen. Es ist nothwendig, daß man sich dabei nicht auf die Defensive beschränkt, sondern auch für die Offensive bereit ist; es wird also nicht darauf ankommen, nur zur Vertheidigung, sondern auch zu schlagfertigen Angriffen bereit zu sein. (Bravo). — Daß die Jahde-Bahn noch nicht zu Stande gekommen, liegt nicht an dem guten Willen der Regierung. Es ist schwierig, die entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden. (Abg. Herrmann, welcher vor der Ministerbank sitzt, macht die Bewegung der Züchtigung mit der Hand). Zu dem Mittel, welches mir der Abg. Herrmann eben vorschlägt, müßten doch noch andere mitreden. (Heiterkeit).

Der Reg.-Commissar beleuchtet einige von den früheren Rednern berührte Punkte: In der Ostsee hätten alle technischen Untersuchungen zu dem Resultate geführt, daß der Jasmunder Bodden auf Rügen einen guten Hafen biete; im nächsten Jahre werde der bezügliche Plan vorgelegt werden. — Der Commissar geht in das Detail der Verwaltung ein, welches bei der Specialdiskussion zur Sprache kommen wird.

Der Berichterstatter Abg. v. Hoverbeck: Nicht gegen den neu ernannten Marineminister, der erst kurze Zeit im Amte sei, gehe der Vorwurf, daß noch immer nicht der lange Jahre versprochene Plan vorgelegt sei, aber gegen die Regierung. Hoffentlich werde das Versprechen der nächsten Landesvertretung erfüllt werden. Die Aussichten auf Bildung einer tüchtigen Handelsmarine nehme er mit Dank an; er halte dieselbe gewissermaßen für die Landwehr unserer Kriegsflotte und könne nur wünschen, daß es dieser Landwehr besser gehen möge, als einer anderen. Den „Traum" eines Hafens im Jasmunder Bodden träume er ebenfalls; er habe die Berechnungen gelesen und die geographische Lage in Augenschein genommen und müsse sagen, daß es eine günstigere Lage für einen Hafen kaum gebe. Ein Mitglied habe früher einmal gesagt, die beste Deckung sei der Hieb; das treffe auch hier zu. Der Hafen liege den Küsten derjenigen Schiffe, welche uns bedrohen könnten, so nahe, daß er der beste Schutz für einen drohenden Angriff sei.

Auf Antrag des Abg. v. Vincke wird die Specialdiscussion des Etats vertagt, weil schon um 5 Uhr wieder Comm.-Sitzungen sind.

Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung (da morgen die Commissionen Sitzung halten) Montag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung, Militär-Etat.

Berlin, 24. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem bisherigen Commandeur des 3. Westfälischen Infanterie-Regiments (Nr. 16), Obersten a. D. Schumann, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, und dem Cantor und Schullehrer Feige zu Harpersdorf im Kreise Goldberg-Hainau das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Regierungs- und Baurath Oppermann zu Stettin ist in die erledigte Regierungs- und Bauraths-Stelle bei dem königl. Polizei-Präsidium in Berlin versetzt worden. (St.-A.)

Oesterreich.

[Ueber die Motive zu dem Selbstmorde Teleki's] bringt die „D. A. Z." folgende Aufklärung: Noch lange bevor sowohl das englische als auch das österreichische Kabinet officiell von der Fabrikation der Kossuth'schen Banknoten im Betrage von 30 Mill. in Kenntniß gesetzt worden war, sollen bereits an der pariser und brüsseler Bank von den ungarischen Agitatoren Güter für die Hälfte der Kossuth'schen Banknoten verpfändet gewesen sein, um mit diesem Gelde die Revolution durch Waffenankäufe ꝛc. zu organisiren. Nur Ludwig Napoleon hatte durch seine geheimen Agenten Kunde davon. Und da ihm vor der Hand, durch die klerikale Partei und den Orleanismus von allen expansiven Planen abgelenkt, eine Insurrektion Ungarns ungelegen gekommen wäre, habe er die revolutionären Versuche der ungarischen Emigration dem englischen und österreichischen Kabinet notifizirt und letzterm die Glaubwürdigkeit seiner Denunciation durch einen aufgegriffenen Brief Kossuth's an den Grafen Teleki erhärtet. Graf Teleki aber soll nun drei Tage vor seinem verhängnißvollen Ende die sichere Nachricht erhalten haben, daß der Kaiser Franz Joseph I. im Besitz gedachten Briefes sei, der über die Absichten Teleki's keinen Zweifel mehr aufkommen lasse. Und das sei die Ursache des Selbstmordes.

Frankreich.

Paris, 22. Mai. Das Ereigniß des Tages ist die Wahl des Prinzen Napoleon zum Großmeister der Freimaurer in Frankreich an die Stelle des Prinzen Murat. Das Wahl-Resultat wurde heute Nachmittags bekannt. Das Schreiben des Prinzen Napoleon, welches dem Prinzen Murat so sehr mißfallen hat, lautet wie folgt:

An die Ehrwürdigen des Großen Orient.

Meine Herren! Ich habe den Brief erhalten, worin Sie mir Ihre Stimmen für die Erwählung zur Würde eines Großmeisters Ihres Ordens anbieten. Ich fühle mich durch diesen Beweis Ihres Vertrauens geschmeichelt. Wegen der Verwandtschafts- und Freundschafts-Bande, die mich an den Prinzen Lucian Murat fesseln, konnte ich nicht als dessen Mitbewerber auftreten. Heute muß der Brief, von so vielen Ehrwürdigen unterzeichnet, die behaupten, sie wollten nicht mehr für den jetzigen Großmeister stimmen, meinen Beschluß ändern, und ich wünsche, daß Sie wissen, daß ich die Wahl, wenn sie auf mich fällt, annehmen werde.

Zwei Drittel der Stimmzettel lauteten zu Gunsten des Prinzen Napoleon. (S. die nächste Nr. d. Z.)

Breslau, 25. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Mühlengasse 14 ein schwarzes Kamlot-Kleid, ein Kravattentuch und ein leinenes Betttuch; aus der verschlossenen Schirrkammer eines Neubaues in der Tauenzienstraße eine Maurerschnur mit Loth, vier Doppelhobel, zwei Schrupphobel, zwei Handbeile, zwei Stemmeisen, ein sog. Stechbeutel, 20 Pfund Drahlnägel, eine kleine Quantität Schloßnägel, eine Lederschürze und eine Mütze; Friedrich-Wilhelmstraße 72 eine schwarzseidene Mantille, ein wollenes grün und roth karrirtes Umschlagetuch und ein rothseidenes Halstuch; Schmiedebrücke Nr. 12 eine graue Düffeljacke; Ketzerberg 3 ein Paar Hosen und ein Paar neue Stiefeln; Ohlauerstraße Nr. 52 ein neuer schwarzer mit Orlean gefutterter Tuchrock und ein Paar schwarze Frauenschuh; Mehlgasse 17 ein Paar schwarze Bukskinghosen, ein schwarzer Tuchrock, eine kleine Buchdruckpresse und eine kleine messingne Kaffeemühle; Altbüßerstraße Nr. 47 ein graues Sommer-Mäntelchen, lila eingefaßt, und ein großes schwarz und weiß karrirtes wollenes Umschlagetuch.

Verloren wurde: ein Portemonnaie, in welchem sich 2 Thlr. 20 Sgr. und ein silberner Schlüssel befanden.

Gefunden wurden: ein Petschaft, auf welchem der Name Sabisch eingravirt sich befindet; ein Geldtäschchen mit Stahlschloß und 24 Sgr. 2 Pf. Inhalt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 24. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die Rente begann zu 69, 40, fiel auf 69, 35 und schloß unbelebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91⅞ gemeldet. Schluß-Course: 3prz. Rente 69, 40. 4½prz. Rente 96, 10. 3proz. Spanier 49. 1proz. Spanier 43¼. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 510. Credit-mobilier-Aktien 708. Lomb. Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 24. Mai, Nachm. 3 Uhr. Silber 60⅞. Consols 91¾. 1prz. Spanier 43. Mexikaner 22¾. Sardinier 81¼. 5proz. Russen 102. 4½proz. Russen 91. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 9 Sch., Wien 14 Fl. 45 Kr. Der Dampfer „Adriatic" ist aus Newyork eingetroffen.

Wien, 24. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Min. Günstig und animirt. 5prz. Metall. 68, 20. 4½proz. Metall. 58, 50. Bank-Aktien 783. Nordbahn 196, 50. 1854er Loose 90, 50. National-Anlehen 80, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 283, —. Creditaktien 179, —. London 140, 50. Hamburg 105, —. Paris 55, 20. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 177, — Lomb. Eisenbahn 229, —. Neue Loose 116, 75. 1860er Loose 85, 50.

Frankfurt a. M., 24. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung; österreichische Effekten steigend. Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 133¼. Wiener Wechsel 83½. Darmst. Bankaktien 182. Darmstädter Zettelbank 234. 5proz. Metall. 48. 4½proz. Metall. 42⅜. 1854er Loose 62. Oest. Nat.-Anleihe 56¼. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 230. Oesterr. Bank-Antheile 657. Oesterr. Credit-Aktien 148. Neueste österr. Anleihe 61¾. Oesterr. Elisabetbahn 122. Rhein-Nahe-Bahn 21¾. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 104¾.

Hamburg, 24. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Feste Stimmung bei beschränktem Geschäft. Schluß-Course: National-Anleihe 57. Oesterr. Credit-Aktien 62¾. Vereinsbank 100¼. Norddeutsche Bank 87⅝. Diskonto 2¾—3 %. Wien 107, 25.

Hamburg, 24. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco stille, nur leichte Sorten etwas gefragt. Roggen loco flau, ab Königsberg stille; ab Petersburg pr. Juli zu 67 käuflich. Oel pr. Mai 24½, pr. Oktober 25¾. Kaffee 1500 Sack Rio umgesetzt.

Liverpool, 24. Mai. [Baumwolle.] 12,000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Upland $7\frac{11}{16}$, Orleans $7\frac{15}{16}$. Wochenumsatz 80,520 Ballen.

Berliner Börse vom 24. Mai 1861.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 bz.
Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4½	102⅜ bz.
dito 1853	4	97½ bz.
dito 1859	5	106¾ G.
Staats-Schuld-Sch.	3½	88¼ B.
Präm.-Anl. von 1855	3½	121 B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅜ G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91¾ bz.
dito dito	4	100¾ bz.
Pommersche	3½	89 G.
dito neue	4	99⅛ bz.
Posensche	4	101¼ G.
dito	3½	95½ G.
dito neue	4	91¾ bz.
Schlesische	3½	89¾ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98 bz.
Pommersche	4	97¾ G.
Posensche	4	94½ bz.
Preussische	4	98 G.
Westf. u. Rhein.	4	97 bz.
Sächsische	4	99 G.
Schlesische	4	98 G.
Louisdor	—	109⅜ G.
Goldkronen	—	9. 5½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	48¾ à 49¼ bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	65 B.
dito neue 100-fl.-L.	—	55 bz.
dito Nat.-Anleihe	5	57 à 57¼ bz.
dito Bankn. n. Whr.	—	71½ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	102½ B.
dito 5. Anleihe	5	88 bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80¾ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	85⅜ G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92 G.
dito à 300 Fl.	5	93½ bz. u. G.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	87⅜ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	49¼ bz.
Baden 35 Fl.	—	30½ bz.

Actien-Course.

	Div. 1860	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	78 bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	20⅛ bz.
Amst.-Rotterdam	5	4	80 bz. u. G.
Berg.-Märkische	5⅓	4	94 à 94½ bz.
Berlin-Anhalter	6½	4	124½ bz.
Berlin-Hamburg.	6¾	4	115¾ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	9	4	139 bz.
Berlin-Stettiner	6⅙	4	116¼ bz.
Breslau-Freibrg.	5½	4	104½ à 105 etw. bz. u. [B.
Cöln-Mindener	10½	3½	152½ bz.
Franz. St.-Eisenb.	—	5	134 à 134½ bz.
Ludw.-Bexbach.	9	4	133 G.
Magd.-Halberst.	18⅔	4	230 B.
Magd.-Wittenbrg.	2	4	40 bz.
Mainz-Ludw. A.	5¾	4	104¾ à 105½ i. Pst. [bz.
Mecklenburger	2⅛	4	47 etw. bz. u. B.
Münster-Hammer	4	4	95¾ G.
Neisse-Brieger	2¼	4	48½ B.
Niederschles.	4	4	96½ bz.
N.-Schl.-Zweigb.	½	4	35 B.
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	45 à 44¾ bz.
dito Prior.	—	4½	101¼ G.
Oberschles. A.	$7\frac{7}{15}$	3½	121½ B.
Oberschles. B.	$7\frac{7}{15}$	3½	109½ bz.
dito C.	$7\frac{7}{15}$	3½	121½ B.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	82½ G.
dito Prior C.	—	4	90⅜ bz.
dito Prior D.	—	4	90¼ bz.
dito Prior E.	—	3½	79⅜ G.
dito Prior F.	—	4½	97½ bz.
Oppeln-Tarnow.	⅓	4	33½ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	2	4	54 bz.
Rheinische	—	4	83 bz.
dito (St.) Pr.	—	4	— — —
dito Prior	—	4	86¾ G.
dito v. St. gar.	—	3½	81½ G.
Rhein-Nahebahn	—	4	22½ B.
Ruhrort-Crefeld.	3½	3½	78 G.
Starg.-Posener	3½	3½	84½ bz.
Thüringer	6½	4	107 bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	33½ bz.
dito Prior	—	4	83¾ bz.
dito III. Em.	—	4½	87½ G.
dito Prior St.	—	4½	74½ G.
dito dito	—	5	79¼ bz.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1860	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5	4	114½ G.
Berl.-Hand.-Ges.	5¼	4	80 B.
Berl. W.-Cred. G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	68 B.
Bremer "	5	4	98½ bz.
Coburg. Credit-A.	—	4	49 etw. bz.
Darmst. Zettel-B.	7⅔	4	93⅞ G.
Darmst. Credb.-A.	4	4	72½ bz.
Dess. Creditb.-A.	0	4	12¾ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	5½	4	84¼ à ¾ bz. u. G.
Genf. Creditb.-A.	0	4	25⅜ à ½ bz.
Geraer Bank	4	4	69¾ B.
Hamb. Nrd. Bank	4	4	86 G.
" Ver. "	$4\frac{1}{7}$	4	99⅞ G.
Hannov. "	5¼	4	92½ B.
Leipziger "	3	4	63¼ G.
Luxembrg. "	7⅓	4	85 B.
Magd. Priv. "	3⅔	4	80 G.
Mein.-Creditb.-A.	5	4	70¼ bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	18 bz.
Oester. Crdtb.-A.	5	5	62¾ à 63¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	$5\frac{1}{15}$	4	82¾ bz. u. G.
Preuss. B.-Anthl	5½	4½	124 bz.
Schl. Bank-Ver.	5	4	80¼ bz. u. G.
Thüringer Bank	2½	4	53 B.
Weimar. Bank	4	4	73 etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	142 bz.
dito	2 M.	141¼ bz.
Hamburg	k. S.	150½ bz.
dito	2 M.	149⅞ bz.
London	3 M.	6. 20½ bz.
Paris	2 M.	$79\frac{5}{12}$ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	71 B.
dito	2 M.	70½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 20 G.
Leipzig	8 T.	99¾ bz.
dito	2 M.	$99\frac{5}{12}$ bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 22 G.
Petersburg	3 W.	95½ bz.
Warschau	8 T.	86½ bz.
Bremen	8 T.	109⅜ bz.

Berlin, 24. Mai. Die Börse hatte genau die gestern an dieser Stelle dargestellte Haltung. Sie wäre heute vielleicht thätiger und belebter gewesen, wenn die ungünstige Witterung die Besucher nicht genöthigt hätte, unter den Regenschuppen zu flüchten und so einen unbehaglichen Aufenthaltsort zu wählen, der selbst eine noch regere Geschäftslust zu ersticken geeignet ist. Trotzdem war die Stimmung heute günstig genug, um das aus der Lokalität entspringende Mißbehagen zu überwinden. Von Wien hatte man noch bessere Course als gestern: Credit 178. 20; Nat.-Anl. 80; 60er Loose 85. 40; Franzosen 283; London 140. 25, und am Schlusse der Börse wurden noch günstigere Notirungen bekannt, die auf österreichische Effekten schließlich einen befestigenden, die Frage belebenden Einfluß hatten. In reger Bewegung waren von Anfang der Börse verschiedene von den schweren Eisenbahn-Aktien, vor Allem Bergisch-Märkische, auch inländische Fonds waren sehr fest, wegen mangelnder Verkäufe aber nicht belebt. Der Geldmarkt ist still und Disconto unverändert.

Kurz Wien stellte sich auf 71¼. Banknoten auf 71½; lang Wien wurde gegen Noten mit 70½, der Regel nach mit 70¾ gehandelt. Warschau ⅛ höher 86⅝, Poln. Banknoten unverändert 87⅜. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 24. Mai. Weizen loco 70—84 Thlr., weißb. thorner 81—82pfd. 77 Thlr. ab Kahn bez. — Roggen loco 79—80pfd. 46⅝ Thlr., 81pfd. 47 Thlr., ab Kahn pr. 2000 Pfd. bez., Mai und Mai-Juni 46¾—46 Thlr. bez. und Gld., 46¼ Thlr. Br., Juni-Juli 47¼—46¼ Thlr. bez. und Gld., 46½ Thlr. Br., Juli-Aug. 47½—47 Thlr. bez. und Gld., 47¼ Thlr. Br., Aug.-Septbr. 48—47¼ Thlr. bez. und Gld., 47½ Thlr. Br., Septbr.-Okt. 48¼—48¾—48¼ Thlr. bez., Okt.-Nov. 48½—48 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 38—45 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 23—28 Thlr., Lieferung pr. Mai und Mai-Juni 26⅛ Thlr. Br., 26 Thlr. Gld., Juni-Juli 26 Thlr. Br., 25¾ Thlr Gld., Juli-Aug. und Septbr.-Okt. 26 Thlr. Br. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 42—50 Thlr. — Rüböl loco 11⅔ Thlr. Br., Mai und Mai-Juni 11⅔—⅝ Thlr. bez. und Br., $11\frac{7}{12}$ Thlr. Gld., Juni-Juli 11¾ Thlr. Br., 11⅛ Thlr. Gld., Juli-Aug. 11⅚ Thlr. Br., 11¾ Thlr. Gld., Sept.-Oktbr. $12\frac{1}{24}$—12—$\frac{1}{24}$ Thlr. bez., $12\frac{1}{12}$ Thlr. Br., 12 Thlr. Gld. — Leinöl loco 10¾ Thlr., Lieferung 10⅔ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß $18\frac{7}{24}$—18⅚ Thlr. bez., mit Faß 19 Thlr. bez., Mai und Mai-Juni 18⅚—19 Thlr. bez. und Br., Juni-Juli 18⅞—$19\frac{1}{12}$ Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-August 19¼—⅜—⅓ Thl. bez. und Gld., 19⅜ Thl. Br., Aug.-Sept. 19⅜—$\frac{7}{12}$—½ Thl. bez., Br. und Gld., Sept.-Oktbr. 19¼—½ Thlr. bez. und Br., $19\frac{5}{12}$ Thlr. Gld., Oktbr.-Nov. $18\frac{7}{12}$—⅔ Thlr. bez.

Weizen billiger käuflich. Roggen in disponibler guter Waare war heute gut zu lassen, während die Offerten von untergeordneten Qualitäten anhaltend überwiegend bleiben, ohne Beachtung zu finden. Termine verkehrten in rückgängiger Bewegung und schließen flau. Gekündigt 10,000 Ctnr. — Rüböl neuerdings etwas billiger verkauft, schließt wieder fest. Für Spiritus loco Termine bestand heute gute Frage und der Werth stellte sich daher bei lebhaften Umsätzen wiederum wesentlich höher.

Breslau, 25. Mai. Wind: West. Wetter: bei bewölktem Himmel nach Gewitterregen kühl. Thermometer Früh 4° Wärme, Barometer 27″—7½‴. Der Wasserstand der Oder blieb unverändert. Am heutigen Landmarkt war das Angebot von Weizen und Roggen, namentlich in den abfallenden Sorten stärker als die Kauflust. Weizen daher in feinen Sorten beachtet und preishaltend, pr. 84pfd. weißer 78—93 Sgr., gelber 75—91 Sgr. — Roggen in den mittlern und geringen Qualitäten eher billiger käuflich, pr. 84pfd. 60—63 Sgr., feinster 64—65 Sgr. — Gerste feine Sorten schwach angeboten, pr. 70pfd. weiße 52—56 Sgr., gelbe 44—50 Sgr. — Hafer blieb gut beachtet, feinster über Notiz bez., pr. 50pfd. schlesischer 33—36 Sgr., galizischer 30—33 Sgr. — Erbsen fest. — Wicken schwacher Umsatz. — Mais begehrt. — Oelsaaten ohne Handel. — Schlaglein schwache Frage.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	70—85—92	Wicken	40—45— 48
Gelber Weizen	70—83—90	Mais	56—60— 62
Roggen	59—62—65	Schlagleinsaat	70—80— 90
Gerste	45—50—55	Winterraps	— —
Hafer	30—33—36	Winterrübsen	— —
Erbsen	50—55—63	Sommerrübsen	— —

Kleesaaten schwacher Umsatz, rothe 10—15¾ Thlr., weiße 9—18 Thlr. — Thymothee ohne Handel. — Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28 bis 36½ Sgr., pr. Metze 1¾—2½ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl matt, pr. Ctr. loco und Mai 11⅓ Thlr., Herbst 11⅚ Thlr., eher Br. als Geld. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18¾ Thlr. Geld, Mai und Mai-Juni 18⅓ Geld, Juni-Juli 18½ Geld.

Posen, 24. Mai. Wetter bewölkt. Roggen: fest. Gek. — Wispel Loco per d. Monat Mai-Juni 43½ bez. u. Gld., Juni-Juli $43\frac{5}{12}$ bez. u. Br., ⅓ Gld., Juli-Aug. 43¾ bez., Br. u. Gld., Aug.-Sept. 44 Br.

Spiritus: geschäftslos. Gek. — Quart. per d. Monat 18⅓ bez. u. Br., Juni $18\frac{5}{12}$—⅜ bez. u. G., Juli $18\frac{5}{12}$ bez. Br. u. Gld., August 18⅚ Br., ¾ Gld., September do. Hartwig Kantorowicz.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslua.